

HAMBURG/DEN 2. DEZEMBER 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 100 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO
MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTLICHTUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5
FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 48

Anmerkungen zur Lage

Wer es in diesen Zeiten auf sich genommen hat, den Gang der Dinge zu berichten, zu kommentieren und zu beurteilen, hat es vor seiner Leserschaft nicht leicht. Er darf sich nicht scheuen, immer wieder die gleichen Vorgänge zu erzählen, die gleichen Fragen zu stellen, die gleichen Mängel zu rügen, die gleichen Vorschläge zu machen — und doch ist es gerade dies, was den Schreibenden unbeliebt macht. Er befindet sich also ungefähr in der Lage jenes Pfarrers, an dessen Sonntagspredigten die Hörer Mannigfaltigkeit vermißten und der auf diese Rügen, wie uns scheint mit Recht, die Antwort gab: „Ich werde eine neue Predigt halten, wenn Ihr das beherzigt habt, was ich bisher immer wieder gepredigt habe.“

*

Die Reparationskommission ist von Berlin agereist, anscheinend ohne überhaupt die zentralen Probleme der deutschen Tributzahlungen besprochen zu haben. Sie behauptet, davon überzeugt zu sein, daß Deutschland die in den nächsten Monaten fälligen 600 Mill. Goldmark aufbringen kann; wenn nicht aus valutarischen Überschüssen, so doch auf Grund von Auslandskrediten. Seltsamerweise hält sie nach dem Communiqué, das sie nach ihrer Rückkehr veröffentlicht hat, kurzfristige Kredite dabei für praktischer als langfristige. Sie muß also, da an eine riesenhafte Steigerung der deutschen Ausfuhr in den nächsten Monaten nicht zu denken ist, einen radikalen Umschwung der Reparationspolitik in den nächsten Monaten für möglich halten.

Die deutsche Regierung hat zugesagt, sich in der Tat um ausländische Kredite ernstlich bemühen zu wollen, obwohl das Londoner Ultimatum eine solche erweiterte Interpretation des Begriffs der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht begründet. Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat diese Politik einstimmig gebilligt; ebenso einstimmig, das heißt also unter Einschluß der Industrievertreter, hat er die vom Zentralverband der deutschen Industrie unter dem übermächtigen Einfluß einer mehr technisch, als politisch begabten Unternehmergruppe geforderte Verkoppelung der Kreditaktion mit der Forderung der Entstaatlichung der Verkehrsunternehmungen entschieden abgelehnt.

Die Regierung ist sich, wir hoffen es, darüber klar, daß die künstliche Erweiterung der deutschen Zahlungsfähigkeit auf ein paar Monate wirtschaftlich betrachtet ebenso unsinnig, wie politisch betrachtet unumgänglich ist. Da die Kriegsgläubiger kein Moratorium für die Tributzahlungen gewähren wollen, muß Deutschland ihnen ein Moratorium der Vernunft bewilligen.

*

Inzwischen ist der Verband der britischen Industrie mit einer Denkschrift an die Öffentlichkeit getreten, die es an technischer Folgerichtigkeit und Mangel an Psychologie mit dem Kreditangebot der deutschen Industrie aufnehmen kann. Wichtig ist die Feststellung, daß der Londoner Zahlungsplan sich als ganz unhaltbar erwiesen hat und daß die englische Industrie von seiner Durchführung die schwersten Schädigungen erwartet. Die eigenen Vorschläge des Verbandes zerfallen in zwei Teile: die Umwandlung der Schuld der Reichsregierung in eine Belastung des deutschen Wirtschaftskapitals, und die Erstreckung von Sachlieferungen weit über den Rahmen des nordfranzösischen Wiederaufbaus hinaus. Über diese zweite Forderung wird sich reden lassen, zumal wenn Deutschland die Aufgabe erhält, das russische Reich industriell wieder aufzurichten und in die Wirtschaftseinheit Europas einzugliedern. Mit der ersten Forderung aber wird der Boden des Versailler Vertrages durchaus verlassen. „Die deutsche Zahlungsfähigkeit“, das bedeutet nicht den Ausverkauf der deutschen Industrie und Landwirtschaft. Kein verantwortlicher Staatsmann der Entente hat bei der Redaktion jenes Paragraphen des Friedensvertrages die Möglichkeit erwogen, Glieder der deutschen Wirtschaft als Deckung der Reparationsverpflichtungen zu fordern.

Es muß leider festgestellt werden, daß ein Teil der deutschen Politiker und Publizisten in blindem Eifer und begrifflicher Fahrlässigkeit einer solchen Forderung Vorschub geleistet hat. Der englische Industrieverband beruft sich auf sie. Wir dürfen sagen, daß wir das Unserige getan haben, um zu warnen, auch diesmal, ohne daß man uns die Ehre erwies, gehört zu werden. Man hat in innerpolitischer Erregung nicht genug Ruhe des Denkens aufbringen können, um zwischen der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit im Ausland und dem Problem der Ordnung unseres inneren Staatshaushalts zu scheiden, sondern unbekümmert immer wieder das Schlagwort vom „Eingriff in die Substanz“ in beiden Zusammenhängen gebraucht. Vielleicht lernt man doch noch aus diesem Beispiel, daß ohne Sauberkeit der Begriffe auch keine Klarheit der Politik möglich ist.

*

Am Schluß des englischen Industriegutachtens wie in den Äußerungen anderer Kreise jenseits des Kanals wird immer wieder die Forderung erhoben, Deutschland müsse den Notendruck einstellen, bevor ihm irgendeine Erleichterung gewährt werden könne. Zunächst keine Inflation mehr! Das übrige wird sich finden. . . .

Hier wird versucht, das Pferd beim Schwanz auf zuzäumen. Eine Stabilisierung des deutschen Budgets ist unmöglich, wenn nicht das Steigen der Auslandswährungen zum Stillstand gekommen ist. Das Reichsfinanzministerium hat im Reichstag eine Denkschrift verteilen lassen, in der vom Reichshaushalt des nächsten Fiskaljahres (1922) folgendes Zahlenbild entworfen wird (in Milliarden M):

Ausgaben:		Einnahmen:	
Ordentlich. Haushalt der Allg. Reichsverwaltg..	72,0	Fortdauernde direkte Steuern	68,2
Außerord. Haushalt der Allg. Reichsverwaltg..	5,0	Einmalige Steuern.....	3,0
Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen	11,0	Zölle und Verbrauchssteuern	23,2
Kontributions Haushalt.	228,0	Allgemeine Verwaltungseinnahmen	6,0
Zusammen	316,0	Zusammen	100,4

Nehmen wir an, die erwarteten Steuererträge würden erreicht: wird nicht die wachsende Teuerung schon den ordentlichen Haushalt der Allgemeinen Reichsverwaltung weit über die steuerlichen Deckungsmöglichkeiten anschwellen lassen? Anfang November waren die Großhandelspreise in Deutschland auf das Sechszwanzigfache des Standes von 1913 gestiegen. Der Dollarkurs hat unterdessen etwa das Siebzigfache der Friedensparität erreicht, und noch ist kein Motiv zu finden, das ihn zum Fallen bewegen müßte. Es ist durchaus möglich, daß er noch weiter steigt. Will man uns glauben machen, die Milliarden von Banknoten, die dann in den nächsten Monaten in Verkehr gesetzt werden müssen, um den staatlichen Bedarf notdürftig zu decken und die Beamten vor der Proletarisierung zu schützen — seien die Ursache des Marksturzes, der ihnen doch einige Wochen vorausgeeilt ist?

Engländer, die in der Inflation das Hauptübel sehen, generalisieren die Schäden ihrer eigenen Kriegsfinanzierung, die sie, abgesehen vom „Economist“, erst spät genug begriffen haben. Ob die Senkung des Pfundkurses wesentlich durch

diese inflatorische Politik bestimmt war, ist eine offene Frage. Der neuerliche Marksturz aber ist sicherlich Ursache der Inflation, nicht Folge.

Die Stabilisierung des Markkurses, wenn auch auf einem sehr niedrigen Stande, wie er der Verringerung unserer Wirtschaftskraft und dem Niedergang unserer Staatsmacht entspricht, ist in dem Augenblick möglich, wo die Zahlungen für Reparation und Besatzung der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt sind. Zu dieser Anpassung bedarf es keiner Änderung des Versailler Vertrages, sondern nur einer entsprechenden Instruktion der Mitglieder der Reparationskommission.

Vor mehreren Monaten ist an dieser Stelle der Vorschlag gemacht worden, die Reparationskommission, deren Mitglieder keinen gleich bedeutenden Eindruck machen, bei der Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit an das Votum eines von den einzelnen Regierungen eingesetzten Ausschusses von Nationalökonomern zu binden. Dieser Vorschlag erscheint uns noch heute als einziger Ausweg aus einer durchaus verfahrenen Lage. Man gebe einem solchen Ausschuß das Enquêtorecht in Deutschland, lasse ihn Beamte, Gelehrte und Praktiker in kontradiktorischem Verfahren vernehmen und ein begründetes Gutachten veröffentlichen, das durch seine Unterschriften die wissenschaftliche Ehre seiner Urheber verpfändet. Wir wissen sehr wohl, daß in verschiedenen Ländern einige Gelehrte sich im und nach dem Krieg mehr von nationalen Interessen als von wissenschaftlichen Normen haben bestimmen lassen. Aber wir sind uns auch darüber im klaren, daß wir bei einem solchen Versuch nicht mehr zu verlieren haben als die Hoffnung auf den letzten Rest von Anstand und Urteil in der allgemeinen Verwirrung, Ohnmacht und Vergiftung.

Hamburg, den 26. November 1921.

Kurt Singer

Organisationsfragen der deutschen Müllerei

Da man in der Getreidemüllerei die Wirtschafts- und Geschäftsentwicklung der Nachkriegszeit, welche im Konkurrenzkampf ähnliche Verhältnisse, wie sie vor dem Krieg bestanden¹⁾, mit all ihren Schwierigkeiten heraufzuführen droht, schon seit längerer Zeit vorausgesehen hatte, war man nicht müßig gewesen und hatte versucht, die vorhandenen, besonders aber die während der Kriegswirtschaft als Träger der Lohnarbeit für die Kommunalverbände in verschiedenen Landesteilen neu geschaffenen Organisationen derart auszubauen, daß sie als Träger auch der freien Wirtschaft fungieren könnten.

Eine Reihe von Verhältnissen — auch das hatte man z. T. schon seit längerer Zeit voraussehen können — wirkt nunmehr dahin, daß die Wirtschaftslage für die Mühlen schwieriger geworden ist (bzw. nach völligem Aufhören der öffentlichen Ernährungswirtschaft zu werden droht) als früher, unter dem Drucke vornehmlich nur der eigenen gegenseitigen Konkurrenz. Diese Erschwerungen sind zunächst die Verschärfung des Mißverhältnisses zwischen Leistungsfähigkeit und Höhe der Inlandernte, ferner der gewaltig gestiegene Kapitalbedarf, für den während der Kriegswirtschaft keine Geldmittel erübrigt und bereitgestellt worden sind und der jetzt dazu nötigt, fremde, oft teure Kredite in Anspruch zu nehmen, was natürlich eine gewisse Unsicherheit des Geschäfts bedeuten muß. Endlich ist zu nennen das verstärkte Risiko, dessen Ursachen darin liegen, daß Deutschland jetzt in höherem

Maße als früher auf das Auslandsgetreide angewiesen ist, wodurch Getreidepreise und Mühlen nicht nur von den Schwankungen des Weltmarkts, sondern auch denen der Valuta weitgehend abhängig werden — bei immer geringerer Möglichkeit, dagegen Sicherheiten aufzubauen.

Der Praktiker der Wirtschaft lernt, wenn man nach dem großen Durchschnitt urteilt, nur schwer aus seinen Erfahrungen. Besonders der Unternehmer kleineren und mittleren Stils (zumal wenn er, wie der Mühlenbesitzer in der Regel, nicht an den Zentren des Verkehrs und der Wirtschaft angeschlossen und in einer alten Familientradition befangen ist) hat geradezu eine Abneigung gegen alle prinzipiellen und über den Tag hinaus rechnenden Erwägungen — das augenblicklich zu machende Geschäft steht meist im Mittelpunkt seines Interesses. Trotzdem konnte man nicht, auch hier nicht, ohne weiteres an den Ergebnissen der Kriegswirtschaft vorübergehen, die gewiß eine mächtige erzieherische Wirkung ausgeübt hat: haben doch unter deren Druck Tausende von kleinen Betrieben eine ordentliche Lagerbuchhaltung, darüber hinaus eine Buchhaltung überhaupt erst gelernt, — und abgesehen von diesem vielleicht weniger Wichtigen: Alle noch so scharfe Kritik an bürokratischem Geschäftsgebahren, an unnötigem Hin- und Herfahren hat doch gleichzeitig eine kritische Beurteilung der (volkswirtschaftlich gesehen) vielfach unzumutbaren Verhältnisse der Vorkriegszeit geweckt. Trotz allem Raisonnement ist in Tausenden von Köpfen, — ja, vielleicht in den meisten, außer

¹⁾ Vgl. „W.-D.“ Nr. 42 vom 22. 10. 1921.